

Kurz- **BAGP-Rundbrief** 1.07

Wird die Arzneimittelzulassung für PatientInnen unsicherer?

Auszüge aus einer Kritik der BUKO-Pharmakampagne zu geplanten Arzneimittelzulassungsbehörde DAMA (Deutsche Arzneimittelagentur)

Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit hat das Bundeskabinett kurz vor Weihnachten den Gesetzentwurf für die DAMA verabschiedet. Damit soll die Arzneimittelkontrolle in Deutschland nach kommerziellen Gesichtspunkten umorganisiert werden.

Das ist bereits der zweite Anlauf die Zulassung von Arzneimitteln umzukrempeln. Bereits 2005 wurde ein erster Gesetzentwurf zur Gründung der DAMA vorgelegt, der nicht nur von der PharmaKampagne heftig kritisiert wurde. Wegen der vorgezogenen Bundestagswahl wurde der Entwurf aber nicht mehr verabschiedet. Jetzt hat die Bundesregierung ihn weitgehend unverändert wieder aus der Schublade geholt. Es geht um eine Umstrukturierung der Zulassungsbehörde BfArM in eine öffentliche Firma mit einem „modernem, an internationalen Standards ausgerichteten Leitungsmanagement“ (Originalton Gesundheitsministerium).



Doch worum geht es wirklich? Einiges verrät der Gesetzentwurf selbst. Er beginnt mit den Worten: „Der zunehmende globale Wettbewerb in der Pharmaindustrie sowie die wachsende europäische Zusammenarbeit machen es erforderlich, für die Arzneimittelzulassung in Deutschland Rahmenbedingungen zu schaffen, die mit denen anderer EU Staa-

ten vergleichbar sind.“ Die neue Behörde soll zu einer Art Dienstleistungszentrum für die Pharmaindustrie ausgebaut werden. So wird im Gesetzentwurf für die DAMA „eine stärker marktorientierte Ausrichtung“ gefordert. Was das konkret heißt, wird auch ausgeführt: „Die Beratungsleistungen für die pharmazeutischen Unternehmen auf den verschiedenen Stufen der Arzneimittelentwicklung bis zur Zulassung bedürfen eines erheblichen Ausbaues.“ (Entwurf DAMA-Errichtungsgesetz, 20.12.06)) Damit schließt sich die Bundesregierung der Abwärtsspirale der Arzneimittelsicherheit an, die bereits in vielen Ländern durch die erfolgreiche Lobbyarbeit der Pharmaindustrie in Gang gesetzt wurde.

Industrieinteressen contra Verbraucherschutz

Die Pharmaindustrie hat eine massive Propagandamaschinerie in Gang gesetzt, um ihre Interessen durchzusetzen. Die FR Kampagne „Forschung ist die beste Medizin“ ist nur der offensichtlichste Teil davon. Wesentlich wirksamer scheint die erfolgreiche Lobbyarbeit unter Parlamentarierinnen gewesen zu sein. Darüber hinaus hat die Industrie schon unter der rotgrünen Regierung direkten Einfluss auf das Gesundheitsministerium gewonnen. Nach der sogenannten Bordeaux Runde zwischen Kanzler Schröder und der Pharmaindustrie wurde eine „Task Force“ unter massiver Beteiligung der Industrie im Bundesministerium für Gesundheit eingerichtet. D.h. die Industrie konnte aus dem Inneren der Gesetzgebungsmaschinerie die DAMA pushen. Dies wird im Gesetzentwurf sogar explizit erwähnt.

Bundesarbeitsgemeinschaft der PatientInnenstellen (BAGP)

*Waltherstr. 16a
80337 München*

*TELEFON
089 / 76 75 51 31*

*FAX
089 / 725 04 74*

*web:
www.patientenstellen.de
mail@patientenstellen.de*

Sprechzeiten:

*Di - Do 13 - 14 Uhr
und AB*

Wovon PatientInnen wirklich etwas hätten, wäre ein Behörde, die strenge Kriterien an Wirksamkeit und Sicherheit stellt und so die Verbraucherinnen vor mitunter risikoreichen, immer aber teuren Scheininnovationen schützt.

Zum Weiterlesen des vollständigen Artikels: http://www.bukopharma.de/Pharma-Brief/PB-Archiv/2007/Phbf2007_01_02.pdf

